



Prof. Dr. rer. pol.

Karl Schiller

Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen

Aus der Sicht des Ökonomen ist „Bildung“ eine Investition in Humankapital: Wissen und Können von mehr und besser ausgebildeten Menschen bestimmen maßgeblich den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt – und damit auch das wirtschaftliche Wachstum; eine leistungsfähige Wirtschaft ist außerdem unerlässliche Voraussetzung für die finanzielle Absicherung einer fortschrittlichen Bildungs- und Gesellschaftspolitik.

Die enge Wechselbeziehung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Bildungsniveau einer Gesellschaft macht deutlich, daß die gesamtwirtschaftliche Rendite einer verbesserten Ausbildung nicht hoch genug einzuschätzen ist. Bildungsausgaben müssen deshalb als „öffentliche Investitionen“ in einer Expansivgesellschaft begriffen werden, als Investitionen, die dazu beitragen, stetiges Wirtschaftswachstum zu fördern und darüber hinaus die Qualität unseres Lebens zu verbessern.

Berufliche Bildung steht im Spannungsfeld von technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Strukturwandel. Neue Forschungsergebnisse und Technologien lassen sich als Faktoren für weiteres Wirtschaftswachstum nur nutzbar machen, wenn die Erwerbstätigen durch ihre berufliche Qualifikation befähigt sind, sie ohne Verzug in die Praxis umzusetzen. Wirtschaftliches Wachstum wiederum führt zu einem Strukturwandel, der die Bedingungen beruflicher Tätigkeiten ständig verändert.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eine der Kernfragen der beruflichen Bildung: Nach welchen Prinzipien können die Tätigkeitsmerkmale von mehr als 20 000 Erwachsenenberufen zu Lerninhalten bei der Berufsausbildung Jugendlicher verbunden werden? Wir können dabei in die Schwierigkeit geraten, junge Menschen auszubilden, die nicht spezialisiert genug sind, um eine Erwerbstätigkeit in der Berufswelt aufnehmen zu können, die aber bereits zu spezialisiert sind, um sich beruflich neuen Entwicklungen reibungslos anpassen zu können.

Die heute mit viel ideologischem Engagement geführte Diskussion über Standort und Organisation der beruflichen Bildung, über Zuständigkeiten und Verantwortungen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Mittelpunkt unseres gemeinsamen Bemühens um eine reformierte Berufsbildung die Frage nach den Zielen und Inhalten der Berufsbildung stehen sollte. Solange wir hierzu noch nicht über verlässliche, wissenschaftlich abgesicherte Aussagen verfügen, bleiben die Forderun-

gen nach einer Änderung des Berufsbildungssystems durch Verlagerung der Berufsausbildung in andere Lernorte eine Frage der bloßen Etikettierung, verharrt die Bildungsplanung im Zustand einer magischen Formel, die alle Schwierigkeiten zu überwinden verspricht, sie aber nicht wirksam zu beheben vermag; ohne wissenschaftliche Erkenntnisse über Ziele und Inhalte der Berufsbildung können wir als Berufsbildungspolitiker keine Politik machen, die nicht nur von Fall zu Fall reagiert, sondern die auch langfristige Reformziele setzt und dafür die Weichen stellt.

In diesem Zusammenhang sind die Maßnahmen der Bundesregierung zu sehen, die sie ausgehend von ihrem Aktionsprogramm für berufliche Bildung und dem – sicherlich fortschreibungsbedürftigen – Berufsbildungsgesetz durchführt. Sie stellen keine Konservierung oder Verkrustung überholter Formen dar; sie sollen eine bildungs- und gesellschaftspolitisch erstrebenswerte Fortentwicklung des dualen Systems der Berufsausbildung einleiten. Eine solche Berufsbildungspolitik bedarf der gemeinsamen Anstrengung und des aktiven Miteinanders aller an der Berufsbildung Beteiligten, von Lernenden und Lehrenden, von Arbeitnehmern und Unternehmern, von Forschern und Politikern.

Berufliche Bildung ist eine öffentliche Aufgabe. In diese Verpflichtung ist auch die neue Zeitschrift für Berufsbildungsforschung einbezogen. Sie darf nicht zu einem Elfenbeinturm für Berufsbildungsforscher werden, die dort ihre Forschungsergebnisse einer kleinen interessierten Fachöffentlichkeit mitteilen. Sie soll Plattform einer gemeinsamen Diskussion für zukunftsorientierte Lösungen unserer berufsbildungspolitischen Aufgaben sein. Nur so kann es gelingen, die Berufsbildungspolitik wissenschaftlich zu motivieren und die Berufsbildungsforschung in die politische Mitverantwortung einzubeziehen, um das Wünschenswerte, das Mögliche und das Notwendige in der Weiterentwicklung der Berufsbildung abstecken zu können. Ebenso gilt es, die in der berufspädagogischen Praxis häufig hinter verschlossenen Türen angewandten Methoden und Mittel allgemein zugänglich und verwertbar zu machen, damit sie auch die wissenschaftliche Forschung befürchten können.

Ich habe den Wunsch und die Hoffnung, daß diese Zeitschrift möglichst lange, nachhaltig und auf allen Ebenen dem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen Forschung und Politik dienen möge.